12.3.2017 - KNA

# Katholische Initiativen fordern radikale "Kirchenwende"

Würzburg (KNA) Katholische Initiativen im deutschen Sprachraum drängen auf eine radikale "Kirchenwende": Bei einer "KirchenVolksKonferenz" am Wochenende in Würzburg einigten sie sich einstimmig auf Eckpunkte mit weitreichenden Forderungen. Das Leitbild einer "Priesterkirche" sei theologisch und zahlenmäßig nicht mehr tragfähig, heißt es in dem Aufruf. Als "Subjekt der Seelsorge" sollten Gemeinden künftig auch ohne geweihte Priester Mahlfeiern halten. Das Prinzip "Gemeinde" sei wichtiger als Priesteramt und Zölibat. An dem Treffen nahmen nach Veranstalterangaben 100 Personen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz teil.

Die Kirchensteuer sollte nicht mehr den Bistümern, sondern direkt den Gemeinden zufließen, die das Geld eigenständig verwalten, fordern die Initiativen. Übergeordnete Leitungsstrukturen seien danach zu beurteilen, "ob sie die Gemeinden mit voller Kraft bei deren Selbstorganisation unterstützen". Gemeinsam müsse "ein anderes theologisches Kirchen- und Gemeindebild mit neuen Verantwortungsmodellen" entwickelt werden, das je nach Region unterschiedlich sein könne.

"Die Kirchenaustrittswellen zeigen, dass keine Zeit mehr zu verlieren ist, wirklich Neues zu denken und zu wagen", heißt es weiter in dem Papier. Strukturen seien nicht heilig und unantastbar, sondern hätten den Menschen zu dienen.

Organisatoren der Konferenz waren "Wir sind Kirche", die Pfarrer-Initiative Deutschland, die Plattform "Wir sind Kirche Österreich" sowie die Pfarrei-Initiative Schweiz. Dazu kamen weitere lokale und regionale Basisinitiativen aus Deutschland.

Die an die Konferenz anschließende Bundesversammlung von "Wir sind Kirche" forderte die deutschen Bischöfe auf, sich deutlicher als bisher für grundlegende Reformen einzusetzen, die Papst Franziskus auf der Linie des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 bis 1965) umzusetzen versuche. Gerade angesichts "zunehmender Gegenkräfte gegen jede Reform auf weltkirchlicher Ebene" sei ein klares Zeichen der Deutschen Bischofskonferenz dringend erforderlich.
Zuletzt geändert am 13.03.2017